

Report

Konzentrationsregierung, Finanzausgleich

Juni 2021



SPECTRA
MARKTFORSCHUNG

Qualität aus Überzeugung

Spectra Marktforschungsgesellschaft mbH.
Brucknerstraße 3-5/4, A-4020 Linz
Telefon: +43 (0)732 6901-0, Fax: 6901-4
E-Mail: office@spectra.at, www.spectra.at

Studiendesign 12-3961

Auftraggeber:



Aufgabenstellung:

Ziel der Befragung war es, das Wissen und die Einstellung der Oberösterreicher zu Konzentrationsregierung und Finanzausgleich zu eruieren.

Stichprobe:

Die Erhebung richtete sich an n=800 Personen, repräsentativ für die oberösterreichische Bevölkerung ab 16 Jahren. Die Zielpersonen wurden at random aus dem HEROLD-Telefonverzeichnis ausgewählt.

Methodik:

Die Durchführung der Befragung erfolgte telefonisch im Rahmen des Spectra OÖ CATI-Bus durch 51 geschulte Spectra-Interviewer im hauseigenen CATI-Studio.

Timing:

Die Befragungen fanden von 21. Juni bis 5. Juli 2021 statt.

Dokumentation:

Die statistischen Fehlerspannen, die Tabellen und der Fragebogen befinden sich im Anhang.

Legende:



GRÜNE Markierungen heben signifikante **positive** Unterschiede zwischen Gruppen hervor bzw. verweisen auf **positiv** hervorzuhebende Werte.



ROTE Markierungen heben signifikante **negative** Unterschiede zwischen Gruppen hervor bzw. verweisen auf **negativ** hervorzuhebende Werte.

Projektleiter:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peter Bruckmüller', written over the printed name.

DI Peter Bruckmüller

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Prozentwert-Summen, die nicht genau 100% ergeben, resultieren aus Rundungsdifferenzen.

Ergebnisse auf Basis n < 80 haben lediglich Indikatorfunktion.

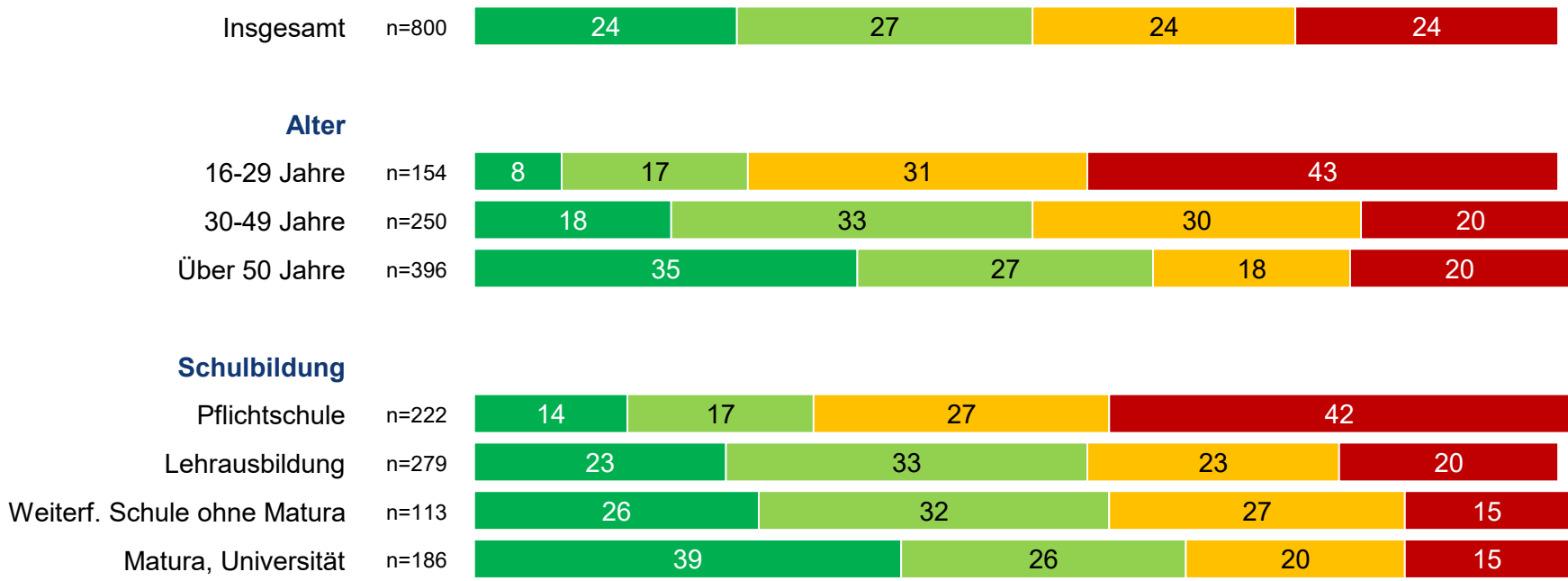
Executive Summary

Das System der **Konzentrationsregierung** in Oberösterreich ist jedem zweiten Oberösterreicher bekannt. Das Wissen um die Regierungsform ist bei den älteren und höher gebildeten Menschen höher als bei den jüngeren und bildungsfernen Schichten.

Eindeutig fällt der Befund aus, wenn man sich anschließend nach der präferierten Regierungsform erkundigt. Und zwar zugunsten der bestehenden Konzentrationsregierung. Auffällig ist, dass sich die jüngeren Oberösterreicher sehr schwer tun, sich ein Urteil zu bilden bzw. sich für oder gegen eine Konzentrationsregierung auszusprechen. 50% der 16-29-Jährigen flüchten bei der Frage ins „Kann nicht sagen“.

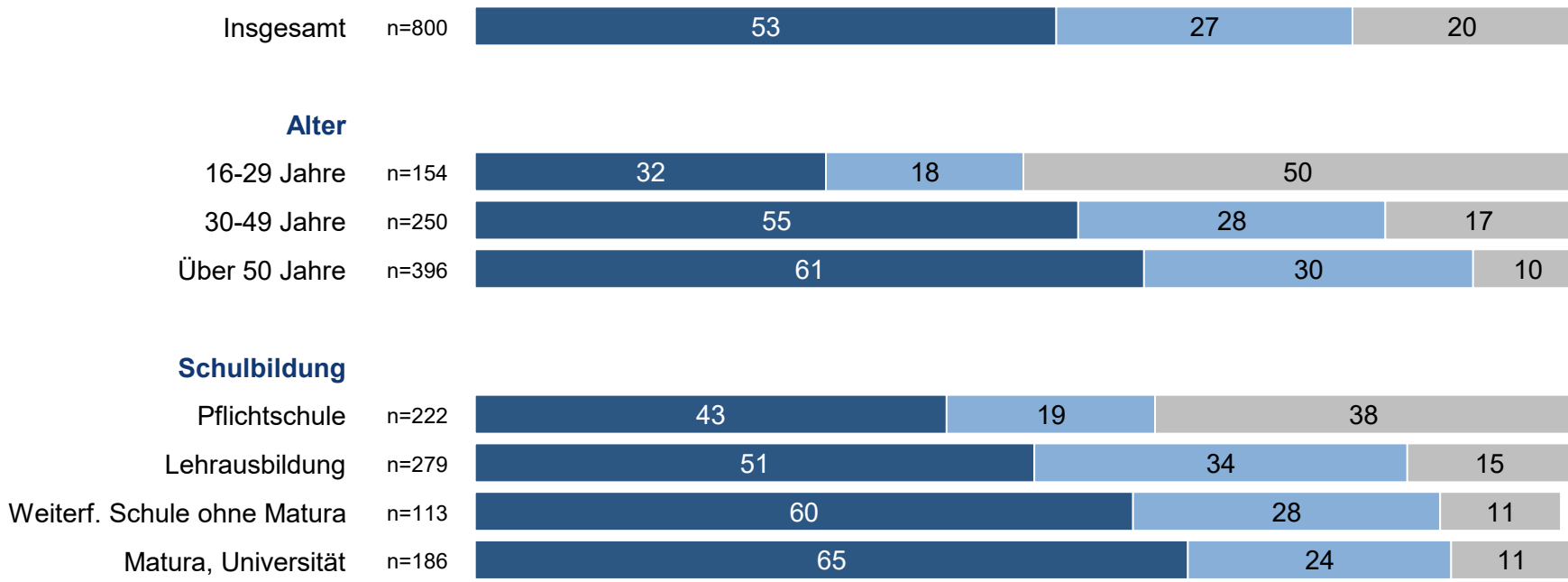
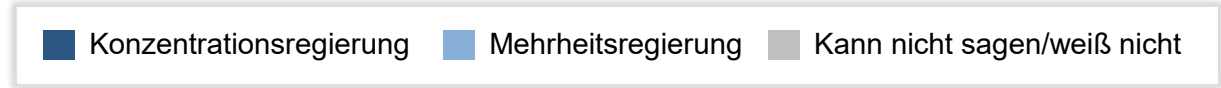
Gerechtigkeit im **Finanzausgleich** heißt für die Mehrheit (62%) der Bevölkerung, dass alle Gemeinden – unabhängig von deren Größe – gleich viel pro Kopf bekommen sollen. Auch hier gilt, dass bei den 16-29-Jährigen ein Urteilsdefizit festzustellen ist. Es ent schlagen sich 53% der Antwort!

Charts



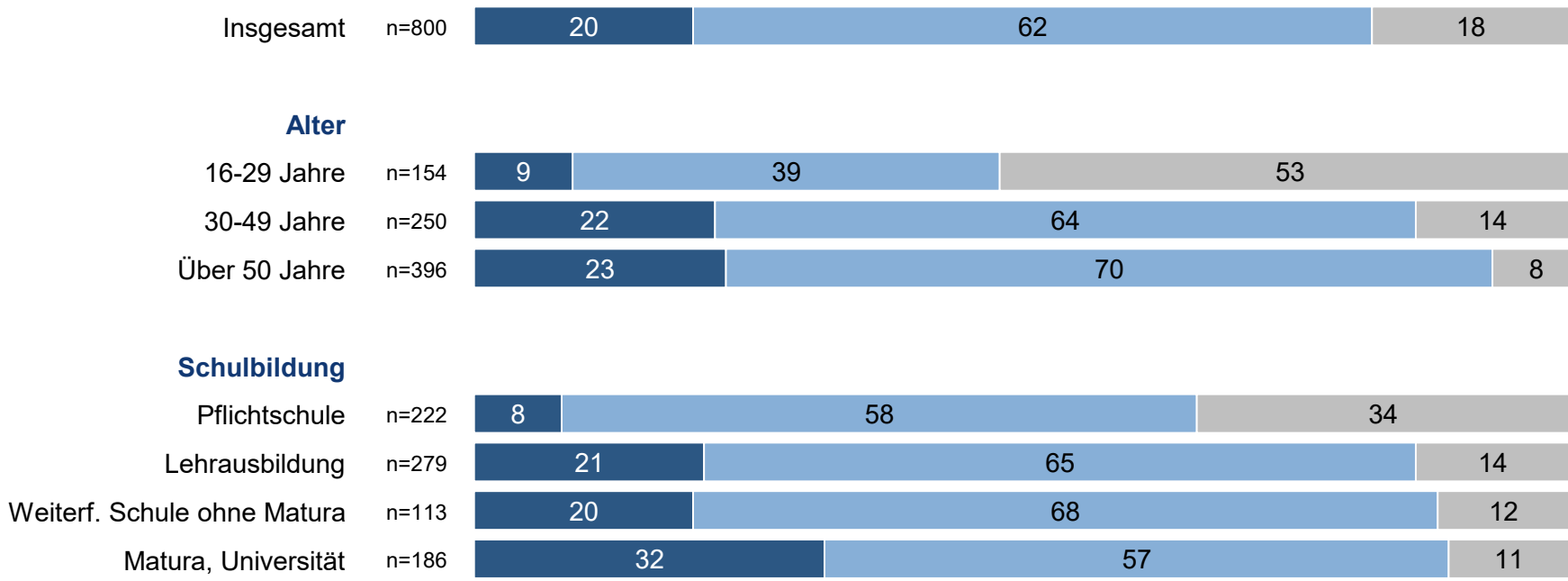
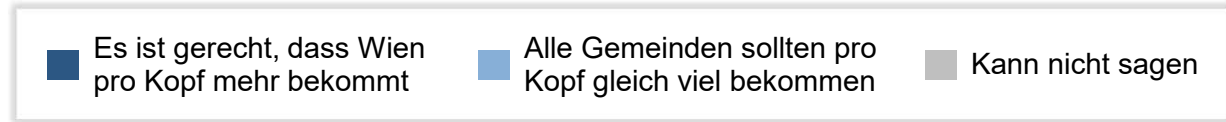
Frage 1: In Oberösterreich regiert eine sogenannte Konzentrationsregierung, das heißt, alle im Landtag mit einer bestimmten Anzahl von Abgeordneten vertretenen Parteien haben mindestens einen Sitz in der Landesregierung. Also zurzeit die ÖVP, die FPÖ, die SPÖ und die Grünen. Das Gegenteil wäre eine Mehrheitsregierung, bei der nur jene Parteien einen Sitz im Landtag haben, die zusammen die Wählermehrheit hinter sich haben. Also in Oberösterreich zurzeit die ÖVP mit der FPÖ. Wie sehr war Ihnen bewusst, welche Landesregierungsform wir in Oberösterreich haben bzw. wie sich diese von anderen Regierungsformen unterscheidet?

Basis: Oberösterreichische Bevölkerung / Angaben in %



Frage 2: Was meinen Sie, welche ist bzw. wäre die bessere Regierungsform für ein Land wie Oberösterreich? Eine Konzentrationsregierung wie derzeit, also jede Partei im Landtag hat mindestens einen Regierungssitz? Oder eine Mehrheitsregierung, also nur jene Parteien haben einen oder mehrere Regierungssitze, die die Mehrheit der Wähler hinter sich haben?

Basis: Oberösterreichische Bevölkerung / Angaben in %



Frage 3: Der Finanzausgleich regelt die Verteilung der Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden. Derzeit ist es so, dass größere Gemeinden im Verhältnis mehr bekommen als kleinere Gemeinden, weil der Aufwand der Gemeinden zB für die Erhaltung der Infrastruktur überdurchschnittlich steigt, je größer die Gemeinde ist. Insbesondere gilt das für Wien. Ist es Ihrer Meinung nach gerecht, dass daher die Stadt Wien pro Kopf deutlich mehr Geld bekommt als andere Gemeinden, weil dort der Aufwand für die Erhaltung der Stadt überdurchschnittlich hoch ist? Oder sollten alle Gemeinden Österreichs pro Kopf gleich viel Geld bekommen?

Basis: Oberösterreichische Bevölkerung / Angaben in %